

Regierung will Diversität fördern

Diversitäts-Förderung ist einer der Schwerpunkte der St.Galler Regierung. Im «Pride Month» Juni will sie Zeichen für ein diskriminierungsfreies Zusammenleben setzen.

St.Gallen.– Mit einer über die Website des Kantons abrufbaren Videobotschaft nehme sich Regierungspräsident Fredy Fässler (SP) dem Thema «Toleranz» an, heisst es in der Mitteilung der Staatskanzlei vom Donnerstag. Weiter sei ein Social-Media-Auftritt in Regenbogenfarben geplant. Die Förderung der Diversität ist eines der Ziele des Regierungsprogramms für die Jahre bis 2031.

Vorgesehen sind mehrere neue Massnahmen, um die Anliegen und Rechte von Personen besser zu berücksichtigen, «deren geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung nicht der heteronormativen Norm entspricht». Mit einem kantonalen Förderkredit können Projekte, Veranstaltungen oder Schulungen finanziell unterstützt werden.

Das Kompetenzzentrum Integration und Gleichstellung (KIG) plant öffentliche Veranstaltungen zum Motto «Gender Matters». Unter anderem wird das Thema «LGBTIQ+ am Arbeitsplatz» ab Herbst an einer Weiterbildung vertieft, die sich an Führungskräfte und Personalverantwortliche richtet. Informationen gibt es unter www.gleichstellung.sg.ch. (sda)

Gemütliche «Oberdorfstubete»

Wildhaus.– Der Verband Schweizer Volksmusik lädt Spielfreudige und Jungmusikanten ein zur zweiten «Oberdorfstubete» am Sonntag, 19. Juni, um 11 Uhr. Der Aufstieg zum Berggasthaus Oberdorf in Wildhaus kann zu Fuss, mit der Sesselbahn oder auch mit dem Auto bewältigt werden. Bei schönem Wetter findet die Stubete draussen, bei Regen im gemütlichen Restaurant statt. E-Piano und Kontrabass sind vorhanden. (pd/sl)

ANZEIGE

55 Jahre -
das Fachgeschäft in der Region!
Jubiläums-Angebot

Siemens Waschautomat
WM140E0CH 1-8kg

- iQdrive - effizient, langlebig, leise
- Schleuderdrehleistung: 1400 U/min.
- variospin - bis 65% Zeitersparnis
- Mengenautomatik
- AquaStop

statt 1160.–

40% Jubiläums-Rabatt
netto **CHF 698.–**

Sofort lieferbar!

Verkauf und Service:

KUNZ ELEKTRO-MARKT AG
8890 FLUMS GUSCHASTRASSE 2
TEL. 081 720 11 11

Radio • TV • Haushaltgeräte

55 JAHRE - DAS FACHGESCHÄFT IN DER REGION

Sa.-Na und Mo.-Vo. Geschlossen
shop.kunz-elektromarkt.ch

Auch vor Pfingsten noch keine Antwort vom Kanton

Mit Pfingsten steht wieder ein verkehrsreiches verlängertes Wochenende an. Die Sarganserländer Gemeinden befürchten, dass es bei Stau wieder zu erdrückendem Ausweichverkehr von der A13 durch die Dörfer kommt. Der Kanton zeigt sich unberührt und lässt Vorstösse aus der Region unbeantwortet.

von Denise Alig

Der Kanton St.Gallen schweigt und schweigt. Dies, obwohl die Region Sarganserland mit einem Schreiben an den Kanton frühzeitig Alarm geschlagen hatte (Ausgabe vom 23.Mai). Und obwohl Kantonsrat und Gemeindepräsident Daniel Bühler (Bad Ragaz) im Parlament im letzten Februar erneut eine einfache Anfrage zum Ausweichverkehr ab der A13 durch die Sarganserländer Dörfer eingereicht hatte (Ausgabe vom 11.Februar). In der Kantonshauptstadt tut sich nichts in dieser Frage. Die Regierung schweigt.

Dabei steht jetzt mit Pfingsten ein weiteres Wochenende mit möglicherweise grossem Freizeit-Mehrverkehr bevor. In den Dörfern zwischen Bad Ragaz und Murg drohen – insbesondere am Pfingstmontag gegen Abend – wieder endlose schleichende Autokolonnen, die nicht nur das Dorfleben massiv beeinträchtigen, sondern auch die Sicherheit der Bevölkerung gefährden und den rechtzeitigen Einsatz von Blaulichtorganisationen infrage stellen.

Lange zurückliegende Vorstösse

Der Gemeinderat Bad Ragaz hatte beim Bundesamt für Strassen (Astra) schon im Herbst 2021 eine Schliessung der Autobahnausfahrten gefordert, um den Ausweichverkehr durch die Dörfer zu verhindern. Dies jedoch ohne Erfolg. Am 18.Mai 2022 erfolgte dann eine weitere Intervention. So forderte die Region Sarganserland die Regierungsratsmitglieder Susanne Hartmann, Vorsteherin des Bau- und Umweltdepartements, und Fredy Fässler, Vorsteher des Sicherheits- und Justizdepartements, in einem Brief auf, zusammen mit dem Kanton Graubünden Massnahmen gegen den A13-Ausweichverkehr durch die betroffenen Sarganserländer Dörfer zu prüfen und zeitnah gemeinsam umzusetzen. Und schon längst vorher hatte Kantonsrat Daniel Bühler mehrmals eingegriffen und im Kantonsparlament einfache Anfragen zum Ausweichverkehr ab der A13 durch die Dörfer eingereicht, zuletzt am 10.Februar dieses Jahres.

Der «Sarganserländer» fragt nach

Da sich trotz der zum Teil lange Zeit zurückliegenden Vorstösse bis Anfang



Ein immer wiederkehrendes Bild in Bad Ragaz: Ausweichverkehr, der von den Bündner Autobahnausfahrten her kommt.

Bild Hans Bärtsch

dieser Pfingstwoche nichts getan hat, hat der «Sarganserländer» direkt beim Kanton nachgefragt. Geantwortet hat die Medienstelle der Staatskanzlei mit Verweis auf das Sicherheits- und Justizdepartement.

Die erste Frage, die der «Sarganserländer» an den Kanton richtete, lautete: «Wurde der Brief, den die Region Sarganserland als Subregion der Region Sarganserland-Werdenberg am 18.Mai 2022 an die Regierungsratsmitglieder Susanne Hartmann und Fredy Fässler zum A13-Ausweichverkehr versandt hat, schon beantwortet? Wenn ja, wie? Wenn nein, weshalb nicht?» Die zweite Frage hiess: «Wurde die am 10.Februar 2022 von Kantonsrat Daniel Bühler (Bad Ragaz) im Parlament eingereichte einfache Anfrage zum A13-Ausweichverkehr durch die Dörfer schon beantwortet? Wenn ja, wie? Wenn nein, weshalb nicht?»

Kanton spielt auf Zeit

Beantwortet wurden die Fragen gestern durch das kantonale Sicherheits- und Justizdepartement im Wortlaut wie folgt: «Zu dieser Thematik ist

«Das zögerliche Handeln der Regierung zeigt mir, dass wir im Sarganserland mit diesem Verkehrsthema nicht ernst genommen werden.»

Daniel Bühler
Gemeindepräsident Bad Ragaz

seitens des Kantons St.Gallen derzeit keine Stellungnahme möglich, da die Thematik des Ausweich- und Umwegverkehrs Gegenstand einer einfachen Anfrage ist, die Gemeindepräsident und Kantonsrat Daniel Bühler, Bad Ragaz, im Kantonsrat des Kantons St.Gal-

len eingereicht hat. Die Regierung des Kantons St.Gallen hat diesen politischen Vorstoss noch nicht beantwortet (wird dies aber an einer der nächsten Sitzungen tun). Solange dieser politische Vorstoss – der weitgehend die gleiche Stossrichtung verfolgt wie das Schreiben der Region Sargans – nicht beantwortet ist, kann keine Stellungnahme erfolgen. Die Regierung des Kantons St.Gallen wird im Rahmen der Beantwortung der erwähnten einfachen Anfrage hierzu Stellung nehmen. Besten Dank für Ihr Verständnis.»

Zu den immer noch ausstehenden Antworten sagt Bühler: «Ein koordiniertes Vorgehen durch die Kantone Graubünden und St.Gallen mit dem Astra ist jetzt zwingend notwendig, damit heute schon Vorbereitungen auf zukünftige Stausituationen wie etwa in den Sommer-, Herbst- oder Winterferien sowie an sonnigen Skiwochenenden geplant werden können. Das zögerliche Handeln der Regierung zeigt mir, dass wir im Sarganserland mit diesem Verkehrsthema nicht ernst genommen werden.»

Landesaussstellung nicht weg vom Tisch

Die St.Galler Regierung ist grundsätzlich interessiert an einer nächsten Landesaussstellung. Kritik der SVP, die darin «einen eklatanten Widerspruch» zum kantonalen Volksentscheid von 2016 sieht, weist sie zurück.

St.Gallen.– Auslöser des Vorstosses der SVP-Fraktion war eine Mitteilung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vom letzten Dezember. Darin erklärte die KdK, die Bemühungen für eine nächste Landesaussstellung würden begrusst. Es sei nach der Coronapandemie angezeigt, dass sich die «gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteure auf einen Dialog mit der Bevölkerung über die Zukunft der Schweiz einlassen», heisst es in der Begründung.

Die SVP-Fraktion des St.Galler Kantonsrats reagierte auf diese Erklärung

mit einem Vorstoss und verwies darin auf die Abstimmung vom Juni 2016, an der die St.Galler Stimmberechtigten mit rund 60 Prozent Nein-Stimmen einen Planungskredit von fünf Millionen für eine Expo 2027 abgelehnt hatten. Damit sei klar geworden, dass eine neue Landesaussstellung als nicht mehr zeitgemäss angesehen werde, folgerte die SVP. Die Regierung solle nun erklären, ob sie an der KdK-Plenarsitzung das Projekt einer Landesaussstellung ebenfalls unterstützt habe und wie sie ihre Haltung rechtfertige, die «im eklatanten Widerspruch» zum Volksent-

scheid stehe. Die Regierung bestätigte in ihrer kürzlich veröffentlichten Antwort, dass sie dem Positionsbezug für eine nächste Landesaussstellung zugestimmt habe. Mit Blick auf die ganze Schweiz stehe sie der Durchführung einer Landesaussstellung grundsätzlich positiv gegenüber.

Aus ihrer Sicht könne die Abstimmung von 2016 «nicht als generelles Votum gegen jegliche Landesaussstellungen in der Schweiz» aufgefasst werden. Seit dem Urnengang seien aber keine Projektarbeiten Dritter in Sachen Landesaussstellung unterstützt worden

und es werde auch nicht verwaltungsintern an solchen Vorhaben gearbeitet.

Aktuell sind laut Regierung mehrere Projekte für eine neue Expo in Planung. Dazu gehört «Svizra 27» der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Jura und Solothurn. Weiter gibt es «X27 – Reclaim the Future», ein Vorhaben, das sich auf zukunftsweisende Projekte konzentriert. Bei «Nexpo» arbeiten die zehn grössten Städte der Schweiz, inklusive die Stadt St.Gallen, zusammen. «Muntagna» soll eine Ausstellung «in den Alpen für die Alpen» werden. (sda)